



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 102. Ratssitzung vom 10. Juli 2024

3477. 2024/204

Weisung vom 15.05.2024:

Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2024 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	16 430 000
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	45 391 600
Total	61 821 600

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2024 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+5 792 500 -5 792 500
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+1 490 000 -1 490 000
Total	0

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2024 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite im Finanzvermögen genehmigt:

Ordentliche Nachtragskredite im Finanzvermögen	Betrag
Erfolgsrechnung	260 000
Investitionsrechnung Finanzvermögen	0
Total	260 000



2 / 8

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Sven Sobernheim (GLP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2024 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit zu den Dispositivziffern 1–3.

Sven Sobernheim (GLP): *Ich stelle Ihnen die Nachtragskredite I. Serie 2024 vor. Das beinhaltet jene Nachträge des Stadtrats zum Budget 2024, die im ersten Drittel des Jahres bekannt sind. In der Erfolgsrechnung des Verwaltungsvermögens sind ordentliche Nachtragskredite von 16,7 Millionen Franken sowie 5,8 Millionen Franken Kreditübertragungen verzeichnet. Die ordentlichen Nachtragskredite der Investitionen des Verwaltungsvermögens betragen 45,4 Millionen Franken. Dazu kommen Übertragungen in der Höhe von 1,5 Millionen Franken. Die Erfolgsrechnung im Finanzvermögen verzeichnet ordentliche Nachtragskredite von 62 000 Franken. Erfreulicherweise ist darunter kein dringlicher Nachtragskredit. Die Kredite beinhalten vor allem Projekte, die eine Kredithöherhöhung erfordern, da mehr Fortschritt als erwartet gemacht wurde, sowie die Prüfung der Postulate zu Extremismus, die wir überwiesen haben. Ausserdem gehören Stellen und Beiträge zu Netto-Null in verschiedenen Wirtschaftsabteilungen dazu. Die Nachtragskredite sind – abgesehen von demjenigen zur Stelle der Wohndelegierten – unbestritten. Daher beantragt die Kommissionsmehrheit Zustimmung zu den Dispositivziffern 1, 2 und 3. Zur Wohndelegierten wird sich die Kommissionsminderheit äussern.*

Kommissionsminderheit zu den Dispositivziffern 1–3

Johann Widmer (SVP): *Nachtragskredite widerspiegeln das Alleinstellungsmerkmal der Politikerinnen und Politiker: Man gibt Geld aus, das einem nicht gehört. Wir haben diverse Geschäfte abgelehnt, die einen Nachtragskredit fordern. Da ist es konsequent, das ganze Bündel Nachtragskredite abzulehnen. Selbstverständlich beteiligen wir uns am Antrag der Fraktionen FDP, Die Mitte/EVP und GLP, der die Wohnbauförderungsstelle streichen soll.*

Weitere Wortmeldung:

Martina Zürcher (FDP): *Ursprünglich wollten wir noch einen Antrag zu den Nachtragskrediten stellen. Wir wurden aber informiert, dass das nicht möglich sei. Ich möchte auf etwas hinweisen, dass uns bei den Nachtragskrediten fehlt. Am 19. Juni 2024 hat der Stadtrat die Schriftliche Anfrage von Sanija Ameti (GLP) und Reis Luzhnica (SP) zum Fahrverbot an der Langstrasse, das Einnahmen in Millionenhöhe generiert, beantwortet. Weil die Signalisation an der Stelle unklar ist, möchte der Stadtrat gemäss Anfrage ein Wechselsignal einrichten. Dazu steht in der Antwort: «Ein solches bedingt bauliche Massnahmen. Die Kosten dafür werden im Budget 2025 eingestellt.» Wieviel kostet ein Wechselsignal in der Stadt Zürich, damit die Kosten es ins Budget 2025 schaffen? Und wieso wird das nicht schon in den Nachtragskrediten behandelt? Wahrscheinlich möchte die Stadt bis nächstes Jahr ein paar weitere Millionen Franken Bussgelder einnehmen.*



Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2024 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderung (Antrag der RPK) zu genehmigen:

3. Ordentliche Nachtragskredite

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Pärparim Avdili (FDP): *STP Corine Mauch (SP) traut es STR Daniel Leupi (Grüne) offenbar nicht zu, das Drittelsziel zu erreichen. Diesen Antrag für eine Wohndelegiertenstelle kann ich nicht ernst nehmen. Das Dokument, das als Grundlage dient, stammt nicht etwa aus dem Jahr 2011, als das Volk das Drittelsziel beschloss, sondern es ist rund elf Jahre älter. Es ist erstaunlich, dass es den Schwerpunkt Wohnen schon so lange gibt und man erst jetzt mit dieser Idee kommt. Die Zuständigkeit beim Thema Wohnen ist übrigens klar geregelt: Das Finanzdepartement ist zuständig. Verschiedene Faktoren tragen zur Erreichung des Drittelsziels bei. Eine zusätzliche, total unnötige Stelle wird nichts bringen. Umso enttäuschender ist es, dass die Fraktionen GLP und Die Mitte/EVP bei diesem Vorstoss, der fast als Täuschung der Öffentlichkeit durchgeht, mitmachen.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Das Präsidialdepartement beantragt einen Nachtragskredit von 163 000 Franken für den Lohn und die Arbeitgeberbeiträge. Hinzu kommen 15 000 Franken für Personalwerbung für die Position eines oder einer Delegierten Wohnen und zur administrativen Führungsunterstützung, um die Aktivitäten aller involvierten Dienstabteilungen im Querschnittsthema Wohnen strategisch zu bündeln und den Diskurs auf allen politischen Ebenen zu führen. Das soll helfen, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen gemäss Drittelsziel zu erhöhen. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass diese Stelle beim Koordinieren der Wohnbauaktivitäten nützlich sein wird, da dort vier Departemente und verschiedene städtische Wohnbaustiftungen und -genossenschaften tätig sind. Die Kommissionsmehrheit lehnt den Antrag der Streichung ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist unbestritten, dass in Zürich Wohnungsnot herrscht. Auch der Mittelstand hat immer stärker damit zu kämpfen. Wir unterstützen darum alle Massnahmen, die wir als sinnvoll erachten, sei es eine Aufstockungsinitiative, ein Wohnraumfonds oder eben die Wohndelegierte. Wir stimmen diesem Geschäft zu, weil es eine der günstigsten Massnahmen ist, die der Stadtrat in den letzten Jahren für die Lösung des Wohnproblems vorgeschlagen hat. Selbst bei einem kleinen Effekt, ist das Preis-Leistungs-Verhältnis dieser Stelle wohl so gut wie bei keiner anderen Massnahme.*



Tanja Maag (AL): Die AL unterstützt den Minderheitsantrag der FDP. Wir unterstützen natürlich das Drittelsziel, weil es dabei um die Förderung von gemeinnützigem Wohnraum geht. Wir bezweifeln aber den Mehrwert dieser neuen Stelle. Den Diskurs auf der politischen Ebene zu führen sowie die Wohnstrategie weiterzuentwickeln, sind für uns Aufgaben des Staats und der spezialisierten Abteilungen. Dies zu delegieren, lenkt höchstens von negativen Gefühlen ab, wenn es nicht vorwärts geht. Was es braucht, um den genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau zu fördern, ist bekannt. Es gilt, sich zu engagieren, statt die Aufgaben weiter aufzuteilen. Den Dialog zu fördern, Stakeholder einzubinden und in der Öffentlichkeit aufzutreten, muss von jemandem getan werden, der oder die Repräsentations-, Marketing- und Kommunikationsfähigkeiten besitzt. Wir sind der Meinung, dass unsere Stadtpräsidentin und Leiterin der Wohndelegation das kann. Mit der hängigen Weisung GR Nr. 2021/218 zur Überarbeitung der Verwaltungsstrukturen würde die Wohndelegiertenstelle überflüssig.

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP lehnt den Änderungsantrag der FDP ab. Für uns ist klar, dass wir den Nachtragskredit für diese Stelle sprechen wollen. Das Thema Wohnen ist einer der grössten Sorgenverursacher der Stadtzürcher*innen. Es stimmt zwar, dass die Stadt in den letzten Jahren mehr Geld zur Bekämpfung des Problems in die Hand genommen hat. Trotzdem haben wir das Drittelsziel, das seit dem Jahr 2011 in der Gemeindeordnung verankert ist, noch nicht erreicht. Je nach Jahr entfernen wir uns sogar davon. Seit Anfang des Jahres 2024 besitzen die juristischen Personen mehr als die Hälfte der Immobilien in der Stadt Zürich. Wohnpolitik ist längst nicht mehr nur Aufgabe der Städte oder Kommunen. Kantonale und nationale Gesetzesgrundlagen beeinflussen unseren Handlungsspielraum enorm. Darum ist es umso wichtiger, dass die Städte mitmischen, egal ob es um Lärmschutzwerte geht, ob Immobilien zu Anlageobjekten umfunktioniert werden oder wenn über die Regulierungen von Baubewilligungsverfahren gesprochen wird. Die Stelle der Wohndelegierten und Führungsassistentin will neben einer Bündelung der Kräfte innerhalb der Stadtverwaltung auch mit den Playern auf dem Zürcher Immobilienmarkt zusammen diskursiv auftreten. Sie will dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen, die uns in ein sehr enges Korsett zwängen, den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, die in dieser Stadt wohnen, statt den Bedürfnissen derjenigen, die in unseren Immobilienmarkt investieren.

Felix Moser (Grüne): Fünf der Zürcher Departemente beschäftigen sich mit dem Thema Wohnen. Führen soll das Präsidialdepartement. Vielen ist das aber nicht klar: Sogar die FDP sagte vorher fälschlicherweise, das Finanzdepartement sei zuständig. Mit dem Schaffen der neuen Stelle wird das hoffentlich klarer. Das Thema Wohnen beschäftigt die Bevölkerung schon lange. Es ist höchste Zeit, dass diese Stelle eingeführt wird und sich in der Wohnbaupolitik etwas tut. Mehr Ordnung und Organisation würden ebenfalls nicht schaden, eventuell könnte ein eigenes Departement Wohnen entstehen. Dann bräuchte es diese Stelle nicht mehr. Weil Stadt- und Gemeinderat Organisationsfragen separat klären, stimmen wir dem Vorschlag des Stadtrats zu.



Johann Widmer (SVP): *Typisch Links-Grün: Wenn etwas nicht so klappt, wie ihr es wollt, wird mehr Geld ausgegeben und eine neue Stelle geschaffen. Leider wirkt diese Strategie nicht. Mehr Leute und Geld konnten noch nie ein strategisch falsches Ziel korrigieren. Die Wohnungsnot ist euer linksgrünes Politikversagen. Je mehr ihr in den Markt eingreift, desto schlimmer wird es. Da helfen keine neuen Stellen, sondern nur eine auf den freien Markt ausgerichtete Politik – für diese Wahrheit seid ihr aber blind.*

Pärparim Avdili (FDP): *Das Drittelsziel akzeptieren wir, weil es eine Volksabstimmung war. Das Problem ist, dass man es nicht erreichen kann. Förderliche Massnahmen, wie Sven Sobernheim (GLP) sie nennt, gibt es schlicht nicht. Die vorgelegten Massnahmen sind sogar kontraproduktiv. Es werden zusätzliche Stellen geschaffen, die sich überlegen, wie mehr Wohnraum blockiert werden kann. Auch die Hauptmassnahme der Stadt, um das Drittelsziel zu erreichen, besteht bloss darin, bestehenden Wohnraum den Privaten abzukaufen und künstlich vergünstigt weiterzukaufen. Dadurch wird das Drittelsziel punktuell erreicht, die gesamte Wohnsituation aber verschlimmert. Das verschweigt Rot-Grün und versucht, mit neuen Stellen vom eigentlichen Problem abzulenken. Welchen Mehrwert die Stelle bringen soll, habe ich aus keinem Votum herausgehört.*

Stephan Iten (SVP): *Gibt es in Zürich ein Problem, bewirft man es mit Geld oder schafft neue Stellen. Wie immer wird die Ursache des Problems nicht erwähnt: Die masslose Zuwanderung. Im Jahr 2040 wird Zürich 520 000 Einwohner haben. Wir werden das Drittelsziel bei solchen Zahlen niemals erreichen, erst recht nicht mit neuen Stellen. Bei den Velowegen hat diese Massnahme nichts gebracht, hier wird es gleich sein.*

S. 2	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten				
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen				
	3053 00 000	AG-Beiträge an Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen				
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse				
	3091 00 000	Personalwerbung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
001.	Antrag Stadtrat			163 000	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium
				10 000		Sven Sobernheim (GLP),
				24 000		Dr. Florian Blättler (SP),
				1 000		Felix Moser (Grüne), Tiba
				2 000		Ponnuthurai (SP), Florian
				15 000		Utz (SP), Barbara Wies-
				215 000		mann (SP)
		215 000		0	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP)
						Referat, Vizepräsidium
						Martin Bürki (FDP), Tanja
						Maag (AL)
					Enthaltung	Johann Widmer (SVP)



6 / 8

Begründung: Wohnen ist seit 2011 ein Schwerpunkt des Stadtrats und die Zuständigkeit dafür ist klar im Finanzdepartement geregelt. Es braucht weder neue Ressourcen dafür noch eine Stelle in einem dafür nicht zuständigen Departement.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Tiba Ponnuthurai (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Tiba Ponnuthurai (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Tiba Ponnuthurai (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Im Budget 2024 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	16 430 000
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	45 391 600
Total	61 821 600

2. Im Budget 2024 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+5 792 500
	-5 792 500
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+1 490 000
	-1 490 000
Total	0

3. Im Budget 2024 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite im Finanzvermögen genehmigt:

Ordentliche Nachtragskredite im Finanzvermögen	Betrag
Erfolgsrechnung	260 000
Investitionsrechnung Finanzvermögen	0
Total	260 000



8 / 8

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. Juli 2024 gemäss Art. 37
der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat